

Die Lebenden ernähren

Große Idee, unvollkommene Praxis:

Wie Deutschland mit den jüdischen Einwanderern aus Osteuropa umgeht

Der Holocaust-Gedenktag ist vorbei. Was er für die Zukunft bedeutet, hat Shimon Peres im Bundestag mit der ganzen Autorität seiner Biografie bekräftigt. Im ganzen Land ist würdig an das zentrale Ereignis des 20. Jahrhunderts erinnert worden. Dabei war allen bewusst, dass es auf die Frage nach dem Warum letztlich keine befriedigende Antwort geben kann angesichts der Realität des Unerdenklichen.

Der Begriff der "Wiedergutmachung" ist in der Diskussion nicht mehr aufgetaucht. Er ist in den letzten Jahrzehnten aus der öffentlichen Meinungsbildung verschwunden. Wir wissen, dass angesichts der Katastrophe des Holocaust alle politischen, rechtlichen und materiellen Leistungen unzulänglich bleiben müssen. Wieder gut, wieder heil machen im naiven Sinn des Wortes kann man hier gar nichts. Diese Einsicht ist aber kein Entlassungsschein aus der Pflicht, das Machbare auch so gut zu machen, wie es möglich ist.

Nach dem katastrophalen Erdbeben von Lissabon am 1. November 1755 hat der portugiesische Premierminister auf die verzweifelte Frage seines Königs, was denn jetzt überhaupt noch zu tun sei, geantwortet: " Die Toten begraben, die Lebenden ernähren". Der Satz ist in seiner Nüchternheit soll uns leiten bei den folgenden Frage nach dem Stand der Dinge.

Beginnen wir mit den Toten. Seit den Forschungen des französischen Priesters Patrick Desbois wissen wir, dass bis heute Tausende von Massengräbern von Holocaust-Opfern auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion weder gekennzeichnet, noch gesichert, geschweige zu würdigen Orten des Gedenkens und der Trauer gestaltet worden sind. Mehr als anderthalb Millionen osteuropäische Juden wurden 1941 bis 1943 von NS-Einsatzgruppen in Osteuropa erschossen und in Gruben verscharrt. Heute, mehr als sechs Jahrzehnte nach den Untaten, sind in der Ukraine, Weißrussland und Russland Massengräber ermordeter Holocaust-Opfer sogar in der Gefahr, geplündert zu werden.

Die Augenzeugen, die über die Lage der Mordstätten Auskunft geben können, werden immer weniger. Es ist also schnelles Handeln geboten und höchste Zeit, diese Aufgabe - möglichst in Zusammenarbeit mit den osteuropäischen Nachfolgestaaten der Sowjetunion - als Teil unserer historischen Verantwortung anzunehmen. In diesen Tagen hat der Präsident des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge vorgeschlagen, die Bundesregierung sollte die Zuständigkeit seiner Organisation über die Grabstätten deutscher Soldaten hinaus auf die von Holocaust-Opfern erweitern. Ob das denkbar ist, muss mit Sensibilität für die historische Symbolik bedacht werden.

Wie steht es mit der Verantwortung für die Überlebenden?

Und mit dem Verhältnis der Deutschen zum osteuropäischen Judentum überhaupt?
Der Ordinarius für Deutsche Literatur an der Hebräischen Universität Jerusalem,

Jakob Hessing, 1944 als Kind ostjüdischer Eltern in einem Versteck im Außenlager eines KZs geboren, hat vor kurzem eine umfassende Bilanz der Geschichte der Juden in der Bundesrepublik gezogen. Hessings überaus kritische Sicht auf das deutsch-jüdische Verhältnis 1945-1989 endet, wenn nicht mit einem Happy End, so doch mit einem deutlich hoffnungsvollen Ausrufezeichen. Es gilt der Einladung der Regierung Kohl an die Juden aus der Sowjetunion zur Einwanderung nach Deutschland: "Mit einem politischen Schwert hatte die Bundesregierung den gordischen Knoten zerschlagen, der das deutsch-jüdische Verhältnis zu ersticken drohte, und ein moralisches Problem war aus der Welt geschafft."

Wie aber sieht die Realität aus?

Seit 1991 hatten jüdische Emigranten aus der ehemaligen Sowjetunion die Möglichkeit, als so genannte "Kontingentflüchtlinge" nach Deutschland einzureisen. Grundlage hierfür war ein Beschluss der Innenministerkonferenz vom 9. Januar 1991, nach dem "Gesetz über Maßnahmen für im Rahmen humanitärer Hilfsaktionen aufgenommene Flüchtlinge." Wie die Begrifflichkeit deutlich zeigt, wurden die juristischen Instrumente nicht neu geschaffen, wie man es angesichts des einzigartigen deutsch-jüdischen Geschichtsverhältnisses hätte erwarten können. Denn "Flüchtlinge" aus Kriegs- oder Krisengebieten waren die aus Osteuropa einwandernden (ca. 200 000) Juden ja nicht.

Der Zerfall der Sowjetunion, die daraus resultierende politischen und sozialen Instabilität, der teils heftige Nationalismus der Nachfolgestaaten mochten Auswanderungswünsche befördern. Eine "Flucht" war der Weg nach Deutschland in der Regel dennoch nicht. Das Eintrittskriterium war deshalb sinnvoller Weise auch nicht eine Bedrohung von Leib und Leben, sondern ganz allgemein die Zugehörigkeit zum Judentum. So wurde es im Erlass des Auswärtigen Amtes an die Auslandsvertretungen vom 25. März 1997 nochmals definiert. Ganz im Sinn der von Helmut Kohl in seinem Text von 2009 formulierten Wünsche war durch die Zuwandernden die Mitgliederzahl der jüdischen Gemeinden in Deutschland schon bis 2003 von 29 089 im Jahr 1990 auf 102 472 im Jahr 2003 angestiegen.

Aus der Ferne betrachtet, sind die Dinge also auf gutem Wege. Aus der Nähe fallen Ungereimtheiten und Ungerechtigkeiten auf. Sie entstammen alle dem politischen Versäumnis, die große Idee nicht auch mit einer großen Gesetzgebung zu realisieren, sondern den Alltag der Anwendung von Verwaltungsvorschriften zu überlassen, die für andere Zwecke geschaffen worden sind.

Beginnen wir mit den Überlebenden des Holocaust: Unter den etwa 200 000 Zuwanderern bilden die ehemaligen Gefangenen der Konzentrationslager und Ghettos nur eine kleine Minorität. Im Gegensatz zu allem, was man erwarten würde, haben sie keinen gesetzlich verankerten Status als "Verfolgte des NS-Regimes" erhalten. Sie beziehen deshalb auch keine NS-Opfer-Renten, sondern sind finanziell von Sozialhilfe in Form der "Grundsicherung im Alter" abhängig. Wer sich in den Details auskennt, weiß, dass dies empfindliche Nachteile mit sich bringt, bis hin zu beschämenden Einschränkungen. Die Sozialhilfe ist im Gegensatz zur Rente keine stabile, konstante, sondern eine zeitlich auf ein Jahr beschränkte Leistung. Sie

erfordert jährlich einen Neuantrag und dessen Prüfung durch das Sozialamt. Sie untersagt das Ansparen von Geld über einen festgelegten niedrigen Betrag hinaus, auch wenn es aus den bescheidenen Hilfeleistungen der Jewish Claims Conference stammt. Sie untersagt Nebenverdienste und Vermögensbesitz, macht dauerhafte Armut geradezu zur Prämisse und stellt die Bezieher unter permanente Kontrolle des Sozialamtes bis in die intimsten Lebensverhältnisse. Dass diese - für eine ganz andere Klientel geschaffenen Verwaltungspraxis! - für die ehemaligen Häftlinge von Lagern und Ghettos von peinlicher Symbolik sein muss, leuchtet ein. Alexander Popov, Vertreter der "Bundesassoziaton Holocaustüberlebender aus den postsowjetischen Staaten", hat 2009 mit Recht gefordert, die "immigrierten Opfer des Holocaust verdienen im Einvernehmen mit der moralisch-politischen Verantwortung der Bundesrepublik, dass sie ihren Lebensabend würdig und ohne erniedrigende Beschränkungen ihrer Rechte und Freiheiten erleben können."

Wie steht es mit dem Sozialschicksal der jüngeren Generationen?

Es war eine verhängnisvolle Blockade der Integration, dass die deutschen Behörden für die Anerkennung der Schul- und akademischen Abschlüsse tendenziell eher Hürden aufbauten. Dass Hochqualifizierte sich bis heute als Hilfsarbeiter durchschlagen oder zu Hartz-IV-Empfängern werden, stellt der Transparenz unserer Qualifikationssysteme ein ziemlich schlechtes Zeugnis aus. Die Sowjetunion verfügte über ein hervorragendes akademisches Ausbildungssystem. Es wäre doch der Mühe wert gewesen, sich den Gehalt sowjetischer Kompetenzen vorurteilslos anzusehen und die Examina beherrscht mit den deutschen Hochschul- und Fachhochschulabschlüssen zu synchronisieren. Energische Zuwanderer haben trotzdem ihren Berufsweg gemacht. In allzu vielen Familien ist aber die Elterngeneration dauerhaft arbeitslos - mit großem Engagement arbeitet sie meistens dennoch an einer qualifizierten Ausbildung der Kinder.

Der Erschwerung von Integration in die deutsche Gesellschaft durch Armut gesellt sich ein weiteres Hindernis zu. Es ist die geschichtspolitische Inkonsequenz, dass mit der Einladung an die post-sowjetischen Juden zur Einwanderung nicht zugleich das Angebot zur schnellen, unkomplizierten Erwerbung der deutschen Staatsbürgerschaft verbunden wurde - unabhängig vom Kriterium der wirtschaftlichen Selbständigkeit. Welchen Sinn es macht, de-facto-Mitbürgern eine Pass-Loyalität mit postsowjetischen Nationen aufzuladen, die sie doch demonstrativ verlassen haben, leuchtet dem historisch Bewussten nicht ein. Denn was lehrt die ältere deutsch-jüdische Geschichte? In den zwei Jahrhunderten, die der Katastrophe der NS-Judenverfolgung und des Holocaust vorangegangen sind, hat es eine stete Ost-West-Wanderung des Judentums gegeben. Wer aus Odessa, Lemberg, Czernowicz oder den kleinen jüdischen "Schtetls" der slawischen Länder nach Deutschland kam, unbeschadet, wie arm er/sie begannen, assimilierte sich in der Regel sprachlich und kulturell sehr schnell. Dabei half die mit dem Hochdeutschen verwandte jiddische Sprache, mehr noch das intellektuelle Training durch den allen jüdischen Kindern obligatorischen Religionsunterricht.

Jüdische Familien "investierten" traditionell sehr viel in die Bildung der jeweils

nächsten Generation. Die hoch motivierten und beruflich qualifizierten bzw. qualifizierbaren osteuropäischen Juden wurden meistens noch in der Migrationsgeneration, spätestens in der zweiten, zu erfolgreichen Bürgern des Deutschen Reiches. Man hat geradezu von einem jüdischen "Bildungswunder" gesprochen. Jeder Blick in die deutsche Kulturgeschichte beweist, dass die Juden in Deutschland sich womöglich noch stärker mit der deutschen Kultur und Sprache identifizierten als der Durchschnitt der Bevölkerung. Nicht nur in der Wirtschaft, sondern gerade in den Kulturberufen (Wissenschaften, Verlagswesen, Literatur, Presse, Medien) spielten die Juden in Deutschland eine herausragende, ihren relativen Anteil an der Gesamtbevölkerung weit übersteigende Rolle.

Vergangenheit ist ein Spiegel der Zukunft: Alles, was also eine schnelle Eingemeindung der jüdischen Zuwanderer in die deutsche Gesellschaft und eine schnelle Erschließung ihrer Qualifikationen befördert, ist von vitaler Nutzen für die deutsche "Wissensgesellschaft". Im Ernst kann Deutschland nicht wollen, dass hier jüdische Menschen leben, denen man die Tür halb aufgemacht hat, ohne sie ganz hindurchgehen zu lassen. Was wir uns wünschen, sind blühende jüdische Gemeinden, die aus deutschen Staatsbürgern bestehen, die sich zu hundert Prozent mit ihrer neuen Heimat identifizieren, weil sie ein Land der unbegrenzten Möglichkeiten, ein Hort der Gerechtigkeit und einer auch im Verwaltungs-Alltag wirksamen Geschichtsmoral ist. Damit dies Realität wird, muss die Bundesrepublik noch ein paar Hausaufgaben machen. Sie sollte es schnell tun, im Sinne jener praktischen Humanität, die der portugiesische Premierminister angesichts des Erdbebens von Lissabon 1755 so prägnant formuliert hat.

Von Christoph Stölzl, 13. Februar 2010

Quelle: <http://www.welt.de/die-welt/kultur/literatur/article6375214/Die-Lebenden-ernaehren.html>